

Aus: *Deutschland Archiv* Nr. 3/2005, S. 478-487.

Doppelte Anleitung

Zur parteiinternen Presselenkung bei den Bezirkszeitungen der Blockparteien

Stefan Matysiak, Göttingen

Unterschiedliche Wege der Einschränkung der Pressefreiheit waren das wesentliche Merkmal des Pressesystems der untergegangenen DDR. Formelle und informelle Anleitungsstrukturen, Presselenkung und Selbstzensur bestimmten die Presse. Der SED-Generalsekretär und der ZK-Sekretär für Agitation bestimmten Inhalte und Politik der Presse und setzten diese Vorgaben über das staatliche Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR in die Praxis um.¹ Während die Zensurmaßnahmen auf staatlicher bzw. SED-Ebene gut dokumentiert sind und auch Angaben zur Durchsetzung der Presse durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) vorliegen,² sind die innerhalb der einzelnen Blockparteien vorhandenen Befehls- und Anleitungsstrukturen nur unzureichend aufgearbeitet. In den Überblicksdarstellungen fehlen diese innerparteilichen Einflussnahmen von CDU, NDPD und LDPD meist vollständig.³ Die Blockparteien erscheinen in der Literatur so ausschließlich als Opfer der Zensurpraxis in der DDR und kaum als Mittäter. Sichtbares Zeichen der Ausblendung dieser Presselenkungsebenen sind die allgemein umlaufenden Organigramme, bei deren Darstellung sämtliche Anleitungsebenen im Bereich

der Blockparteien lediglich auf die reine Nennung der Zeitungstitel der Blockparteien reduziert sind.⁴ Die durch die Blockparteien auf ihre eigene Presse ausgeübten Einflussnahmen und Zensureingriffe fanden in den Übersichtsdarstellungen damit kaum einen Niederschlag. So konnte der Eindruck entstehen, die Blockparteizeitungen seien allein durch das staatliche Presseamt der DDR angeleitet worden. Stattdessen hat es auch innerhalb der Blockparteien selbst ein System

1 Vgl. Gunter Holzweißig, *DDR-Pressen unter Parteikontrolle. Kommentierte Dokumentation*, Bonn 1991.

2 Ulrich Kluge u. a., *Willfährige Propagandisten. MfS und SED-Bezirkszeitungen*, Stuttgart 1997.

3 Vgl. Gunter Holzweißig, *Massenmedien in der DDR*, 2. Aufl., Berlin 1989, 13ff; ders., *Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR*, Köln 2002; Rainer Geißler, *Vom Kampf der Agitatoren mit einem widerspenstigen Publikum. Die Massenmedien der DDR im Überblick*, in: *medium*, 2/1986, S. 19–23.

4 Etwa ebd., S. 22; *Zahlenspiegel Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik. Ein Vergleich*, Hg. Bundesministerium f. Innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1988, S. 26. Vgl. dagegen *Pressefreiheit und Massenmedien in beiden deutschen Staaten*, Hg. Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn 1973, S. 46.

der Kontrolle und Führung der Medien gegeben, das die Zensurmechanismen komplettierte.

Entstehung und Aufgabe der Blockparteipresse

Die Blockparteipresse entstand seit 1945, als die in der Sowjetischen Besatzungszone neu gegründeten bürgerlichen Parteien CDU, Liberal-demokratische Partei Deutschlands (LDPD) und ab 1948 auch die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) und Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) begannen, eigene Zeitungen herauszugeben.⁵ Am 22. Juli 1945 erschienen in Berlin als Zentralorgan der Parteien erstmals die *Neue Zeit* der CDU und am 3. August *Der Morgen* der LDPD, denen in den nächsten Monaten eine Landespresse folgte. Das Zentralorgan der NDPD, die *National-Zeitung*, folgte am 22. März 1948, das *Bauern-Echo* der DBD am 18. Juli 1948. In der Folgezeit gaben die Blockparteien zusätzlich Landeszeitungen heraus, die auch nach der Abschaffung der Länder beibehalten wurden. Den Anfang markierten am 24. September 1945 die *Thüringer Landeszeitung* der LDPD und am 15. Dezember 1945 *Der Demokrat* der CDU, als letzte Regionalzeitung erschien seit dem 16. Februar 1953 die *Norddeutschen Neuesten Nachrichten* der NDPD.

Bereits bei ihrer Gründung waren diese Zeitungen nicht den Kriterien einer unabhängigen Presse unterworfen, sondern hatten im Konkurrenzkampf des Parteiensystems vor allem dazu zu dienen, ihren Herausgebern Wählerstimmen zuzuführen. Als die CDU 1950 die weitgehende Aufgabe eines eigenständigen Parteibetriebs akzeptierte und die Sitzverteilung in der DDR-Volkskammer festgelegt wurde, wurden »auch für die Presse der CDU [...] die Leninschen Grundsätze über die Ausübung der erzählerischen und organisierenden Funktion der Presse richtungsgewand«.⁶ Die bürgerliche Presse hatte seither die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, indem sie für eine enge Anbindung der bürgerlichen Schichten an die Arbeiterklasse sorgte.

Den unterschiedlichen Teilen des Mittelstandes sollte ein spezifisches Bindnisangebot gemacht werden. Die LDPD-Organen hatten Handwerker und andere selbständige Gewerbetreibende zu erreichen. Der

Einbindung der in der NS-Zeit geprägten Soldaten und Parteigänger dienten die NDPD und ihre Zeitungen, zur Einbindung vor allem bäuerlicher Teile der Landbevölkerung wurde das *Bauern-Echo* der DBD angeboten. Der CDU-Presse kam die Ansprache von kirchlich gebundenen Lesern zu. Dabei hatte sie »unter ihren religiös gebundenen Lesern die Überzeugung weiter zu festigen, daß nur im Sozialismus auch die christlichen Ideale ihre Erfüllung finden können«.⁷

Die Aufgaben der Zeitungen unterschieden sich nicht nur nach Parteien, auch auf regionaler Ebene kamen den Landeszeitungen unterschiedliche Aufgaben zu. Die Leser des *Thüringer Tageblattes* waren wegen der langen Landesgrenze, die im Eichsfeld und in der Rhön geschlossen katholische Siedlungsgebiete teilte, gegen die »Bonner gesamtdeutsche Phraseologie« zu orientieren.⁸ Der mecklenburgische *Demokrat* sollte die Bedingungen einer agrarisch geprägten Region, die sächsische *Union* vorwiegend christlich geprägte kulturell interessierte Bevölkerungsteile berücksichtigen.

Allgemeine Lenkungs- und Anleitungsstruktur

Um die Umsetzung dieser publizistischen Aufgaben zu gewährleisten, entstand ein umfangreiches Kontrollsystem. Die inhaltliche Lenkung erfolgte entsprechend der Verfasstheit des politischen Systems auf drei Strukturebenen: Die SED-Parteiebene (vor allem das Zentralkomitee), auf staatlicher exekutiver Ebene der Ministerrat der DDR bzw. das Presse-

5 Vgl. Ernst Richert u. a., *Agitation und Propaganda. Das System der publizistischen Massenführung in der Sowjetzone, Berlin/Frankfurt a. M. 1958*, u. Rolf Geserick, *40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR, München 1998*.

6 Gerhard Fischer, *Gesamtverantwortung und Spezifik. Die CDU-Presse in der Entwicklung des DDR-Journalismus 1957–1961*, Halle/S. 1971, S. 29. Zu Lenins pressepolitischen Vorstellungen vgl. Elisabeth M. Herrmann, *Zur Theorie und Praxis der Presse in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Berichte und Dokumente*, Berlin (W.) 1963.

7 Presseamt, *Zu publizistischen Hauptvorhaben ... in Vorbereitung des X. Parteitag der SED*, SAPMO-BArch, DC 9/88, o. Nr.

8 Fischer (Anm. 6), S. 104; vgl. ebd., S. 108 u. 88.

amt bei dessen Vorsitzenden und auf der Ebene der ›befreundeten Parteien‹ die jeweiligen Haupt- oder Zentralvorstände.

Aufgrund der führenden Rolle der Arbeiterpartei, die eine Unterordnung der staatlichen und gesellschaftlichen Politik unter die Partei und eine Verpflichtung zu ›parteilicher‹ Pressearbeit bedeutete, kam der SED-Parteebene die zentrale Stellung zu.⁹ Beim Zentralkomitee der Partei war zur Führung der Medien ein Sekretär für Agitation angesiedelt. Diesem unterstanden zur Leitung und Koordination die Kommission für Agitation beim SED-Politbüro und für die tägliche Anleitung der Medien Abteilung für Agitation.

Neben der Anleitung der eigenen SED-Partei- presse nahm im ZK der SED auch die Kontrolle der Presse der Blockparteien ihren Ausgang. Die SED hatte dazu sicherzustellen, dass sie erstens auf der staatlichen Ebene und zweitens auf der Parteebene Einwirkungsmöglichkeiten erhielt. Auf der staatlichen Ebene wurde dazu das Presseamt beim Ministerpräsidenten instrumentalisiert, das auf die Blockpartei- presse einwirkte. Die Einflussnahme auf die formal selbständigen Blockparteien erfolgte zudem über die gemeinsame Nationale Front, es bestand aber auch eine direkte Kontrolle über den Arbeitsbereich Befreundete Parteien beim ZK. Auf diesen Wegen hatte die SED ein »ausgeklügeltes Lenkungssystem entwickelt, das die Selbstzensur der Journalisten voraussetzte.«¹⁰

Der wesentliche Weg der Kontrolle und Anleitung erfolgte dabei über das staatliche Presseamt. Dieses erhielt seine Anweisungen von der SED regelmäßig Donnerstags bei einer Sitzung der Abteilung für Agitation und Propaganda der SED, an der neben den Chefredakteuren der Hauptstadtmedien auch der Leiter des staatlichen Presseamtes teilnahm. Die eher informellen Zusammenkünfte umfassten lediglich SED-Mitglieder, denen die Anleitungen lediglich mündlich als informelle ›Empfehlungen‹ übermittelt wurden. Offiziell war »nicht das große Haus, sondern die Chefredakteure [...] verantwortlich für das, was sie in ihren Medien veröffentlichen.«¹¹

Während die Zeitungen der SED-geführten Massenorganisationen wie die partei eigenen Organe

über diese ›Donnerstags-Argumentationen‹ der unmittelbaren Kontrolle bzw. Weisung der SED unterlagen, nahmen die Chefredakteure der Blockpartei- zeitungen nicht an den donnerstäglichen Sitzungen der SED-Kommission für Propaganda teil. Bei der nicht der SED unterstehenden Presse ergab sich das Problem, dass diese formell außerhalb der Reichweite des beherrschenden Parteiapparates stand. Die Einflussnahme durch die SED erfolgte deshalb mittelbar über die von der SED beherrschten staatlichen Einrichtungen wie die Nachrichtenagenturen und das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates. Zusätzlich führte die Abteilung Befreundete Parteien des ZK der SED Auswertungen der Blockpartei- zeitungen durch.¹²

Das Presseamt unter Leitung von Kurt Blecha kontrollierte als zentrale staatliche lizenzgebende und anweisende Behörde alle periodischen Presseerzeugnisse direkt, wobei die Kontrolle der Blockpartei- zeitungen der Abteilung Lektorat/Lizenzen unter Leitung von Arnold Hofer oblag. Direkt im Anschluss an die donnerstäglichen Argumentationskonferenzen des ZK der SED wurden die dort verfassten »Empfehlungen, die Anweisungen waren«¹³ über das Presseamt an die Sekretäre für Agitation bei den Blockpartei- leitungen weitergegeben. Ergänzend erfolgten täglich Weisungen vom Presseamt direkt an die Partei- zeitungen.

Der Umgang der Zeitungen mit den inhaltlichen und formellen Vorgaben wurde anschließend systematisch ausgewertet, und »bei Verstößen – oder auch bei Druckfehlern wurden die Chefredakteure von Kurt Blecha oder von Arnold Hofer persönlich zur Rechenschaft gezogen.«¹⁴ Die Folge waren Diszipli-

9 Vgl. Gunter Holzweißig, Die Presse als Herrschaftsinstrument der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, Hg. Deutscher Bundestag, Baden-Baden 1995, Bd. 3, S. 1694 ff.

10 Holzweißig, DDR-Presse (Anm. 1), S. 6.

11 Franz Loeser, Die unglaubliche Gesellschaft, zit.: Holzweißig, Massenmedien (Anm. 3)

12 Vgl. Bürger (Anm. 21), S. 15.

13 Manfred Gerlach, Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat, Berlin 1991, S. 168.

14 Gunter Holzweißig, Das Presseamt des DDR-Ministerrates, in: DA 25 (1992), S. 508.

maßnahmen, deren Umsetzung in den Händen der einzelnen Blockparteien lag. Die disziplinarischen Kontakte zum Presseamt erfolgten über die Parteivorstände bzw. die dortigen Sekretäre für Agitation und Propaganda.

Die rechtliche Grundlage der Disziplinarmaßnahmen ist offen, jedoch wird voraussetzender Gehorsam angenommen. Das Presseamt regulierte zwar die Papierzuweisung und war für die Überwachung der Einhaltung der Lizenzbedingungen zuständig, eine formale Machtbasis zur Bestimmung der Inhalte der Blockparteipresse bestand jedoch offenbar nicht. Dass so auch bei der inhaltlichen Disziplinierung der Mitarbeiter der Blockparteizeitungen bewusst aber heimlich gegen die strukturelle Trennung von Blockpartei und staatlichem Amt verstoßen wurde, legt ein Schreiben des stellvertretenden Chefredakteurs des Morgen, Wolf, nahe, in dem dieser dem Presseamtschef Blecha den Vollzug der Kritik an einer für nicht ausreichend gehaltenen Bebilderung bestätigte: »Die Angelegenheit wurde [...] noch einmal in der Abteilungsleiterberatung (selbstredend ohne die Quelle der Kritik zu nennen) ausgewertet.«¹⁵ Die in diesem Satz deutliche Konspiration spricht weniger für einen offiziellen als für einen inoffiziellen Weg der Einflussnahme des Presseamtes auf die Blockparteipresse.

Die Befolgung der Anweisungen des Presseamtes wurde auf zweierlei Weisen kontrolliert. Zum einen erfolgte eine allgemeine Kontrolle auf Befolgung der Anweisungen. Die Kontrollergebnisse wurden wöchentlich dem Leiter des Presseamtes vorgelegt. Diese einfache Kontrolle fand zum anderen eine Ergänzung in gründlicheren Analysen ausgewählter Zeitungen, die als Basis für neue Handlungsanleitungen an die Zeitungen dienten und dann beispielsweise »Schlußfolgerungen zur Erhöhung ihrer publizistischen Wirksamkeit bei der Vorbereitung des XI. Parteitages der SED«¹⁶ enthielten. Dabei wurde jedes Ressort der Prüfung unterzogen.

Der neben dem Presseamt zweite Weg der SED, Einfluss auf die Blockparteien und deren Presse zu nehmen, lief über die von der SED beherrschte Nationale Front, in der die Blockparteien ihrer Verpflichtung zur Mitarbeit nachkamen. Dieser gemeinsame Arbeitsausschuss aus allen Parteien und Massenorga-

nisationen, der bis hinunter auf die Kreisebene aktiv war, verfügte weder über Satzung noch Statuten. Alle Gesetze und andere grundlegenden Leitungsentscheidungen auf Staats- bzw. Ministeriebene wurden hier unter der Maßgabe der einheitlichen Zustimmung abgestimmt, womit sich die SED Einfluss auf die anderen Parteiführungen und damit auch auf deren Medien sicherte. So entstand im Sinne der führenden Partei eine Vernetzung, in der CDU, NDPD und LDPD im Sinne der führenden Partei aktiv wurden. Dabei waren zwischen der Arbeit der Nationalen Front und den Blockparteizeitungen Wechselwirkungen vorgesehen: Die Zeitungen wurden »von der Partei geführt, in ihrem Dienst gestaltet und wirkt[en] ihrerseits aktiv auf die Entwicklung der Partei und ihrer Arbeit in der Nationalen Front ein.«¹⁷

Zudem wachte das Ministerium für Staatssicherheit über Redaktion und Produktion und erzielte damit »einen gewichtigen Disziplinierungseffekt, der zur Monotonie in den Medien im hohen Grade beitrug«.¹⁸ Auch »in Fällen, die Fragen der staatlichen Sicherheit berührten – wirkliche oder vermeintliche –, meldete sich der zuständige Mann des MfS beim Chefredakteur«.¹⁹

Neben dem Presseamt gehörten auch die Nachrichtenagentur *ADN* zum Bereich des staatlichen Medienapparates. Normierend wirkte hier das *ADN*-Monopol für Agenturtexte, die teilweise nicht bearbeitet werden durften. An inhaltlichen Vorgaben hinzu kamen die zu beachtenden Presseerklärungen

15 Chefredakteur Der Morgen, Aktennotiz, 8.10.1981, in: Holzweißig, Titel?? (Anm. 1), S. 190. Auch LDPD-Chef Manfred Gerlach betonte retrospektiv den individuellen Charakter der Reaktionen: während sein Parteisekretär für Agitation, Rudolf Agsten, »solche Kritiken mit Eifer und ahndete jeden Vorstoß gegen die Hinweise und Vorgaben hart« verfolgt habe, habe er selbst als höchste Disziplinanzinstanz sowie den Chefredakteur des Morgen, Gerhard Fischer, die Redakteure geschützt: vgl. Gerlach (Anm. 13), S. 169f.

16 Vgl. Presseamt, Zur Entwicklung der Wirtschaftspublizistik ..., 23.1.1981, SAPMO-BArch, DC 9/88, o.Nr.

17 Fischer (Anm. 6), S. 26.

18 Gunter Holzweißig, Das MfS und die Medien, in: DA 25 (1992), S. 41.

19 Gerlach (Anm. 13), S. 168. Vgl. Holzweißig (Anm. 18), S. 32–41.

von Ministerien und anderen staatlichen Stellen bzw. zentralen Pressestellen.²⁰

Zentrales Thema der staatlichen Pressekontrolleure war immer wieder die spezifische Wirtschaftsberichterstattung im ostdeutschen Staat, bei der insbesondere Produktionserfolge oder neue Arbeitsmethoden darzustellen waren. Als für das Wirtschaftsressort unangemessen galt eine reine Nachrichten-Berichterstattung. Wegen der politischen Bedeutung der Wirtschaftspolitik sollten Planerfolge nicht einfach nur bekanntgegeben, sondern zudem immer in politische Argumente eingebunden und besonders positive Beispiele dargestellt werden. »Wir hatten die Aufgabe vor allem, [...] mit Berichten und zum Teil organisierten – Wortmeldungen nannten wir das – von Brigaden aus Betrieben so eine Art Beispielfunktion darzustellen. Also es mußten Brigaden gesucht werden, die [...] sich zu der Planvorgabe [...] ein Ziel [...] stellen, mit dem sie diese Planvorgabe überbieten konnten oder wollten oder sollten.«²¹ Die Blockparteien hatten vor allem über ihre eigene Mitgliedschaft zu berichten, die LDPD-Presse etwa »über Vorhaben in kleineren Betrieben, deren Leiter Mitglieder der LDPD sind«.²²

Mängel in der wirtschaftlichen Agitation führten zu negativen Reaktionen des Presseamtes. Im Halleser CDU-Blatt *Der Neue Weg* waren so »Kontinuität und Umfang der Wirtschaftsinformationen nicht immer ausreichend«, wobei sich Klagen des Presseamtes zufolge das Blatt nicht im gewünschten Maße mit den »Fortschritten bei der Verwirklichung der Hauptaufgabe oder [...] der Realität und Kontinuität unserer ökonomischen Zielsetzung« beschäftigte.²³ Erst auf Weisung brachte das Rostocker CDU-Organ *Der Demokrat* »regelmäßigere Informationen über die Leistungen der Werktätigen auf der ersten Seite der Zeitung«.²⁴

Besonders wichtig war dem Presseamt die Beförderung der in der Verfassung vorgegebenen führenden Rolle der SED. Die Blockparteizeitungen fassten diese Dienstbarmachung für eine fremde Partei eigens in redaktionelle Leitlinien. Danach erklärte es das CDU-Zentralorgan *Neue Zeit* etwa zum »Grundanliegen unserer Arbeit, mit journalistischer Meisterschaft, durch Nutzung aller Genres unseren Lesern, vor allem christlichen Bürgern, die neuen Aufgaben

zu erläutern und ihre schöpferische Mitarbeit in der großen Volksbewegung zum X. Parteitag der SED zu gewinnen«.²⁵

Zwar waren wegen der zentralen Lenkung viele Themen in den Blockpartei-Bezirksblättern ebenso zu finden wie in der SED-Presse, nahmen jedoch nicht ganz soviel Raum ein. Die Berichterstattung war »nicht ganz so drastisch, nicht ganz so deutlich, nicht mit 16 Honeckerfotos wie im Neuen Deutschland, sondern nur mit zwei«.²⁶ Trotzdem war die Dominanz der SED in den Blockparteiblättern so groß, dass der LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach 1984 verlangte, »das Gesicht unserer Zeitungen ›parteilicher‹ zu gestalten«.²⁷

Parteiinterne Lenkung der CDU-Presse

Anders als die staatliche Anleitung erfuhr bislang die parteiinterne Medienkontrolle der Blockparteien wenig Beachtung. Die Parteizeitungen von CDU, LDPD, NDPD und DBD wurden nicht nur von der SED über das Presseamt kontrolliert und angeleitet, sondern zudem auch von den eigenen Parteigremien, so dass für die Zeitungen eine doppelte Bindung

20 Vgl. Gunter Holzweißig, Massenmedien unter Parterlauficht, in: Rundfunk und Fernsehen, 3/1990, S. 367; Stefan Pannen, Die Weiterleiter. Funktion und Selbstverständnis ostdeutscher Journalisten, Köln 1992, S. 25.

21 Interview Thomas Wunderlich, Wirtschaftsredakteur der Volkswacht, Gera, ebd., S. 27.

22 Presseamt, Nachtrag, 23.1.1981, SAPMO-BArch, DC 9/88 o. Nr.

23 Presseamt, Einschätzung der regionalen Tageszeitungen der CDU, der LDPD und der NDPD auf einigen Gebieten der Innenpolitik vom 25. Mai 1978 in: Holzweißig (Anm. 1), S. 149.

24 Presseamt, Zur Entwicklung der Wirtschaftspublizistik in den Regionalorganen der CDU ›Die Union‹ und ›Der Demokrat‹ sowie der LDPD ›Sächsisches Tageblatt‹ und ›Norddeutsche Zeitung‹ nach den Hinweisen des Presseamtes vom November 1980, 23.1.1981, SAPMO-BArch, DC 9/88, o. Nr.

25 Neue Zeit, Leitlinien, 9.6.1980, SAPMO-BArch, DC 9/88, o. Nr.

26 Interview d. Vf. m. Hans-Peter Wannowitz, ehem. Redaktionsleiter Der Neue Weg/Magdeburg, 21.2.1996.

27 Gerlach (Anm. 13), S. 189.

entstand: »Die Redaktionen waren grundsätzlich an die Beschlüsse der ›Partei- und Staatsführung‹ und die der eigenen Partei gebunden.«²⁸

Die Führung der Blockparteien erfolgte durch deren Sekretariate beim Hauptvorstand, bei denen bestimmte Sekretäre für Fachaufgaben zuständig waren. Dazu gehörte wie bei der SED auch ein Sekretär für Agitation. Bei der CDU war diesem eine Abteilung Agitation/Presse zugeordnet, die für die Medien zuständig war. Diese Struktur setzte sich auf der Ebene der Parteibezirke fort.

Nicht nur die Parteistrukturen der CDU waren aufgebaut wie die der SED, auch die Organisationsstruktur der Presse der Blockparteien glich deren Presse. Die sechs Tageszeitungen der CDU (*Neue Zeit*, *Der Neue Weg*, *Die Union*, *Märkische Union*, *Der Demokrat*, *Thüringer Tageblatt*) erschienen jeweils in einem eigenen Verlag, der zusammen mit anderen parteieigenen Betrieben den VOB Union bildete.²⁹ Alle Zeitungsverlage der CDU waren dem Hauptvorstand der Partei unterstellt, die Journalisten hatten das Parteibuch der CDU zu besitzen.³⁰ Bei den Tageszeitungen existierte eine regional hierarchische Gliederung. Während die *Neue Zeit* als Zentralorgan der Parteiführung angegliedert war, waren die anderen Blätter Bezirksorgane und damit den Parteibezirken zugewiesen. Diese Staffelung der Parteipresse entsprach den Strukturen der SED. Verfügte bei der SED allerdings jeder Parteibeirk über eine Bezirkszeitung und jeder Parteikreis über eine Kreisausgabe, war dies bei den Blockparteien wegen der begrenzten Zahl von Zeitungsausgaben anders.

War die SED flächendeckend in der DDR mit eigenen Zeitungen präsent, verfügten die Blockparteien in der Regel lediglich über Bezirksausgaben ihrer Presse und lediglich im Einzelfall zusätzlich noch auch über eigene lokale oder Kreisausgaben. Die CDU kam so neben den Zeitungen, deren Erscheinungsbereich einen ganzen DDR-Bezirk umfassten, lediglich in der Stadt Rostock, im thüringischen Eichsfeld, in Weimar, Görlitz und in Zeit auf lokale Zeitungen. Bei der SED-Presse besaß hingegen jede Parteiebene bis hinunter zum Kreisverband über Einflussmöglichkeiten auf eine eigene Presse, wobei deren Redakteure »der Anleitung und Kontrolle sowohl

durch die Chefredakteure als auch durch die Kreissekretäre« unterstanden.³¹ Anders als bei der SED, wo jeder Kreisverband über eine eigene Ausgabe verfügte, waren die Kreisgliederungen der Blockparteien in der Parteipresse vergleichsweise unterrepräsentiert, was in den 50er Jahren zur Propagierung von Bezirksparteiseiten genutzt wurde, auf denen aus dem Parteileben der einzelnen Landkreise berichtet wurde.

Wie bei der SED bestand eine enge Verzahnung von Parteigliederung und ihrer Presse: »Partei und Presse sind nichts nebeneinander bestehendes, sondern die Partei braucht ihre Presse, um den gesellschaftlichen Auftrag lösen zu können, und die Presse braucht die Partei, um den Klärungsprozeß erfolgreich fördern zu können. Die Bezirksvorstände müssen sich deshalb für die Bezirksorgane verantwortlich fühlen.«³² Diese Verantwortlichkeiten spiegelten sich bis hinein zur Bebilderung. War in den letzten Jahren bei den SED-Blättern deren Parteichef Honecker auf der überregionalen Titelseite zu finden, bediente die CDU ihre Parteigänger an exponierter Stelle mit einem Foto des CDU-Vorsitzenden Gerald Götting. Die Magdeburger Bezirksseite des *Neuen Weges* zierte entsprechend der hierarchischen Abstufung regelmäßig ein Foto des dortigen Bezirksfürsten Manfred Gawlik.³³

Angeleitet wurden die Zeitungen einerseits durch das Presseamt, daneben erfolgte jedoch die parteinterne Führung durch die Parteispitze, weshalb der Chefredakteur des Zentralorgans *Neue Zeit* eigens dem Sekretariat des Hauptvorstands der CDU angehörte, von der er Weisungen empfing. Die Bezirkszei-

28 Ebd., S. 168. Vgl. auch Pressefreiheit (Anm. 4), S. 46.

29 VOB: Vereinigung Organisationseigener Betriebe. – Vgl. Peter Joachim Lapp, Die ›befeundeten Parteien‹ der SED. DDR-Blockparteien heute, Köln 1988, S. 172f.

30 Vgl. Wannewitz (Anm. 26).

31 Beate Schneider, Strukturen, Anpassungsprobleme und Entwicklungschancen der Presse auf dem Gebiet der neuen Bundesländer. Forschungsbericht, Bd. 1. Hannover/Leipzig 1991f, S. 75.

32 Hans Hoffmann, Unsere Verantwortung gegenüber den Redaktionen, in: Die liberal-demokratische Presse – leidenschaftlicher Kämpfer für Frieden und Fortschritt, Hg. Sekretariat d. Zentralvorstandes d. LDPD, Berlin 1960, S. 44.

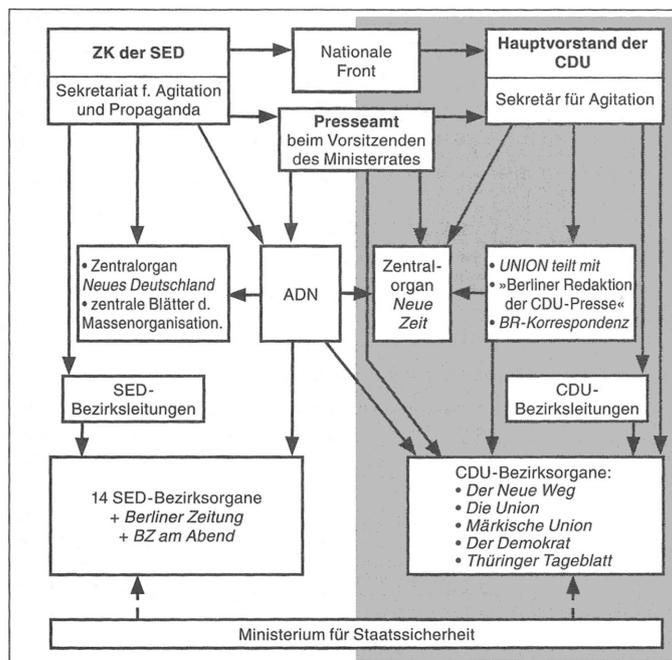
33 Vgl. Wannewitz (Anm. 26).

tungen wurden auf dieselbe Weise zusätzlich von den jeweiligen Bezirksgliederungen kontrolliert.

Die Sekretäre für Agitation der Parteileitung nahmen nicht nur die über das Presseamt vermittelten Hinweise des Sekretariats für Agitation beim ZK der SED und die täglichen Weisungen des Presseamtes auf und leiteten sie an die Zentralorgane und die Bezirkszeitungen weiter, sondern auch eigenes internes Informationsmaterial nahm hier seinen Ursprung. Die parteiinterne Anleitung erfolgte einerseits mündlich, andererseits durch eigene Pressedienste. Die CDU nutzte so neben dem staatlichen *Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst* und den Argumentationshinweisen des Presseamtes auch einen speziell christdemokratischen Service der »Berliner Redaktion der CDU-Presse« (die *BR-Korrespondenz*), der »vor allem die Bezirkszeitungen der CDU mit Artikeln [...], Maternseiten, Berichten über zentrale Veranstaltungen und Pressekonferenzen, Hinweisen usw. beliefert« hat.³⁴ Als »Mittler des Erfahrungsaustausches« wirkte auch das Funktionsorgan *UNION teilt mit* an der Anleitung der »Unionsfreunde in den Bezirksredaktionen unserer Tageszeitungen« mit.³⁵ Insgesamt ergibt sich daraus auch auf der Parteiebene eine Lenkungsapparat mit strukturellen Parallelen zur SED.

Diese Arbeit war durch Parteibeschlüsse weitestgehend reglementiert. Grundsatzbeschlüsse schrieben die Zeitungsorganisation bis hin zu Stellen- und Geschäftsverteilungsplänen der einzelnen Redaktionen vor, regelten die Zusammenarbeit zwischen Zentral- und Außenredaktionen und machten personalpolitische Vorgaben. Die Fachredaktionen der Zeitungen waren gehalten, mit den entsprechenden Abteilungen der Parteisekretariate zusammenzuarbeiten.

Die im Presseamt vorgenommene Analysearbeit und Nachzensur wurde in gleicher Weise noch einmal parteiintern betrieben. In der CDU wurden »von den jeweils verantwortlichen Mitarbeitern des Parteiapparates zusammengestellte und in wichtigen Fällen auch durch Beschluß leitender Parteigremien bestellte schriftliche Einschätzungen der Parteipresse bei der Lösung von Schwerpunktaufgaben« abgegeben, um eigene »Schlußfolgerungen und Anregungen für die weitere Arbeit« zu erhalten.³⁶ Auch in der LDPD existierte ein Lenkungsapparat, der dem beim Presseamt glich. »Die Pressestelle beim Zentralvorstand der LDPD kontrollierte täglich, ob eine Zeitung »ausgefertigt« war.«³⁷



Lenkung der Tageszeitungen der CDU im Strukturschema des DDR-Pressewesens.

34 Fischer (Anm. 6), S. 24.

35 Johannes Straubing, Das Funktionsorgan »UNION teilt mit« – ein Forum des Erfahrungsaustausches über die besten Methoden der Parteiarbeit, in: Der Beitrag der CDU-Presse zur umfassenden Durchsetzung der Beschlüsse des 13. Parteitag. Bericht über die Konferenz des Sekretariats des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union mit Parteijournalisten am 2. April 1973 in Weimar, Hg. Sekretariat d. Hauptvorstandes d. CDU, o.O. 1973, S. 110.

36 Vgl. Fischer (Anm. 6), S. 143; Lapp (Anm. 29), S. 127.

37 Vgl. Gerlach (Anm. 13), S. 168.

Um die Partei-Berichterstattung sicherzustellen, hatten die leitenden Redakteure an den Gremientagungen der jeweils entsprechenden Parteigliederungen teilzunehmen, etwa die Leiter der Bezirksredaktionen an den Sitzungen der Bezirksvorstände. Auch zu den Jahreshauptversammlungen der regionalen CDU-Gliederungen mussten die Journalisten einer Bezirksausgabe anwesend sein und die Arbeit der Ortsverbände begleiten.³⁸

Die Parteiführung hatte für die Übereinstimmung von Parteilinie und Zeitungen zu sorgen sowie die »Schwerpunkte der politisch-journalistischen Arbeit« durchzusetzen. Um eine gleichartige Berichterstattung aller Parteizeitungen sicherzustellen, nutzte der Hauptvorstand der CDU besondere Chefredakteurskonferenzen und organisierte zudem »zentrale Erfahrungsaustausche zwischen gleichgelagerten Redaktionsabteilungen der verschiedenen Zeitungen«.³⁹

Eine eventuell nötige Disziplinierung der Redakteure verlief entlang der Doppelstruktur von Partei- und Redaktionshierarchie. Verhandlungen über Verfehlungen erfolgten auf unterschiedlichen Ebenen bis hoch zum Vorstand der Blockpartei, der die Chefredakteursversammlungen einberief. Der Strafkatalog reichte »von der Kritik über die Ermahnung, die Mißbilligung und den Verweis bis zur Disziplinar- oder Parteistrafe. In nicht wenigen Fällen erfolgten Degradierungen und Kündigungen, meist unter einem Vorwand.«⁴⁰ Ein durch das Presseamt bei den Zeitungen bemängelter »Vorgang und seine Konsequenzen [wurden] nicht nur im Redaktionskollektiv [...], sondern auch in der nächsten Beratung mit unseren Chefredakteuren gründlich ausgewertet.«⁴¹

Anleitungsstruktur im CDU-Bezirksorgan Der Neue Weg

Innerhalb der Bezirkszeitungen regelte ihr Chefredakteur im Redaktionskollegium (bestehend aus den Ressortchefs und dem Betriebsparteisekretär) Fragen der Linie der Zeitung, wobei Chefredakteur und Chef vom Dienst darauf zu achten hatten, dass die Arbeit den Beschlüssen der übergeordneten Gremien entsprach. Der Chefredakteur war dabei die Disziplinarinstanz für die Redakteure und hatte bei Beanstandungen durch das Presseamt persönlich

die Konsequenzen für Fehlverhalten der Untergebenen zu tragen. Der Chefredakteur, der zugleich Betriebsleiter war, regierte als Einzelleitung, hatte jedoch die Beratung durch das Redaktionskollegium zu berücksichtigen. Das Redaktionskollegium, das sich zumeist wöchentlich traf, beriet die Umsetzung der Parteibeschlüsse, staatlichen Aufgaben und aktuellen Ereignisse in die journalistische Arbeit und war für die redaktionelle Planung, Arbeitsorganisation sowie Aus- und Weiterbildung zuständig.⁴²

Disziplinarmaßnahmen wie die Ablösung als Mitglied des leitenden Redaktionskollegiums einer Bezirkszeitung erfolgten durch den jeweiligen Chefredakteur »in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes«.⁴³ Bei einer das Presseamt nicht befriedigenden Erklärung erfolgte die Rücksprache mit dem Sekretär des Zentralvorstandes, in dem dieser auf die »persönliche politische Verantwortung« des Chefredakteurs hinwies und sich versichern ließ, dass eine Disziplinarmaßnahme auf einer Chefredakteurskonferenz der Partei erfolgen würde.⁴⁴

Die jeweils zuständigen Bezirkschefs fungierten neben den Chefredakteuren als Disziplinarvorgesetzte der Redakteure. »Zwischen dem Bezirksleiter Gawlik und unserem Redaktionsleiter Heise gab es ständig Rapportgespräche und die CDU-Bezirksleitung ist ständig in der Redaktion vorstellig geworden und hat Bilanz und Vorausschau gemacht. Da wurde besprochen, was unter welchem Blickwinkel in die Zeitung mußte.«⁴⁵

38 Vgl. Interview d. Vf. m. Hans-Peter Wannowitz, 22.4.1996.

39 Fischer (Anm. 6), S. 142.

40 Gerlach (Anm. 13), S. 169.

41 Dr. Agsten, Zentralvorstand d. LDPD, Schreiben an Blecha, 29.4.1985, zit.: Holzweißig, DDR-Presse (Anm. 1), S. 201

42 Vgl. Lapp (Anm. 29), S. 127.

43 Hopf, Chefred. d. »Sächsischen Tageblattes«, Schreiben an Agsten, 23.4.1985, zit.: Holzweißig, DDR-Presse (Anm. 1), S. 203.

44 Presseamt, Telefonvermerk Dr. Blecha, 31.8.1984, in: ebd., S. 197. Vgl. Gerlach (Anm. 13), S. 169.

45 Wannowitz (Anm. 38). So hatte kritischen Worten über Geschmack und Konsistenz einer Marmelade eine Entschuldigung beim Hersteller und ein ausführlicher Artikel über Werk und Produktion zu folgen (tel. Auskunft Hans-Peter Wannowitz, 9.6.1996).

Innerbetrieblich erfolgte die Weiterleitung aller Vorgaben und Sprachregelungen zu den Redaktionen der Bezirkszeitungen in Form fernmündlicher Dienstanweisungen (»Rundsprüche«) der Chefredaktion, die nach der Verschriftlichung von den einzelnen Redakteuren abgezeichnet werden mussten. Argumentationsvorgaben enthielten die Vorgaben des Presseamtes, kamen aber auch von der Bezirksleitung der Partei, in deren Verfügung die Zeitungen waren, von Parteitagsgremien oder dem Hauptvorstand.⁴⁶ Die Magdeburger Redaktion des *Neuen Weges* erreichten diese Anweisungen jeweils montags. In ihnen finden sich auch die »Argumentationen« aus den donnerstäglichen ZK-Sitzungen wieder.

In den thematisch breit gefassten Anweisungen fanden sich vor allem Fragen der Außen- und Wirtschaftspolitik, Gesundheit und Versorgung. Entsprechend der auch vom Presseamt vorgegebenen Vorgaben wurden die Redakteure im *Neuen Weg* beispielsweise angewiesen, die führende Rolle der SED zu würdigen und auch wirtschaftspolitische Anleitungen und gesundheitspolitische Themen ausreichend aufzugreifen.⁴⁷

Die den Redakteuren übermittelten Dienstanweisungen hatten vor allem die Berichterstattung beschränkenden Charakter. Diese Einschränkungen erfolgten allerdings nur selten in Form eines direkten Verbotes (»Ansonsten bleibt es dabei: Wir schreiben nichts darüber« oder »Auf der »Tabu-Liste« stehen nach wie vor [...]«⁴⁸). Stattdessen mahnten die Dienstanweisungen häufig zu »Vorsicht« oder »außerordentliche[r] Vorsicht bei [...]«⁴⁹. Anweisungen wie: »Fakten und Fragen unserer Gesundheitspolitik behandeln wir nüchtern und sachlich, ohne überschäumende Begeisterung. Es gibt auf diesem Gebiet noch großen Nachholebedarf, so daß wir keine zusätzlichen Wünsche wecken wollen«, bedeuteten zwar kein explizites Verbot gesundheitspolitischer Berichterstattung, dürften diese jedoch faktisch verhindert haben.

Gerade bei Berichten aus dem sensiblen Wirtschaftsbereich wurde von den Redakteuren »exakte« oder »ausdrückliche Abstimmung«⁵⁰ erwartet. Selbst das Verkünden von Erfolgen war durch starke Reglementierungen geprägt, die undurchschaubar wirken,

weil ihnen keine Erläuterungen folgten: »Äußerste Vorsicht ist auch bei der Publizierung aller mit Import und Export zusammenhängenden Themen geboten.« Auch wenn über die Technisierung der Arbeitswelt nur dann berichtet werden durfte, »wenn feststeht, daß pro Roboter mindestens zweieinhalb Arbeitskräfte eingespart werden können«, dürften diese Bedingungen zur grundsätzlichen Aussparung des Themas geführt haben. Redakteure, die sich eigener Themen annahmen, scheinen ein Risiko eingegangen zu sein, das ohne vorherige Abklärung mit den unterschiedlichen Aufsichtsorganen schwer zu kalkulieren gewesen sein dürfte, zumal »selbst die gutwilligsten Redakteure nicht hinterkamen, was gerade sein oder nicht sein durfte.«⁵¹

Dass die Redaktionen der Blockparteien auf dem Instanzenweg Anleitungen bekamen, die mit den eigentlichen Intentionen nicht mehr viel zu tun haben mussten, belegt der Wandel, den die Hinweise von den Donnerstags-Argumentationen über die Blockparteisitze, die Redaktionsleitung der Bezirkszeitung und von dort in die schriftlichen Hinweise für die Redakteure nahmen. Während sich die Hinweise auf den Donnerstagssitzungen beim ZK der SED noch auf mehrere Schreibmaschinenseiten addierten, umfassten die Hinweise der Chefredaktion des *Neuen Weges* letztendlich nur noch wenige Zeilen, die teilweise die für das Stille-Post-Spiel typischen inhaltlichen Wandlungen erkennen lassen. Es kam zu Zuspitzungen, die nicht mehr den Inhalt der eigentlichen ZK-Anweisungen wiedergaben, mit denen die Redaktion der Bezirkszeitungen jedoch auf Nummer sicher ging. Die ZK-Argumentation vom 4. Juli 1982 mahnte beispielsweise wegen der Gefahr

46 Vgl. Rolf Schneider, In der Nische. Wie Ostdeutschlands Journalisten die Wende überlebten, in: Spiegel Special, 1/1995, S. 84, u. Fischer (Anm. 6), S. 43.

47 Vgl. Der Neue Weg, Hinweise der Chefredaktion, 30.9.1985, 1.6.1982, 15.8.1985.

48 Der Neue Weg, Hinweise der Chefredaktion, 30.9.1985.

49 Der Neue Weg, Hinweise der Chefredaktion, 8.7.1985 u. 1.6.1982, S. 1. Das Folgende ebd., S. 1f.

50 Der Neue Weg, Hinweise der Chefredaktion, 1.6.1982, S. 1. Das Folgende ebd., S. 2.

51 Gerlach (Anm. 13), S. 169.

des Geheimnisverrats zur Vorsicht bei der Berichterstattung über bestimmte Projekte der Hoch- und Schlüsseltechnologie und forderte die Journalisten auf, im Zweifelsfrei besser nachzufragen. Gleichzeitig erging explizit der »Hauptauftrag: Initiativen der Menschen darstellen, ihre Haltungen und Beweggründe – weniger wiss.-techn. Sachverhalte.«⁵² Die Anweisung für die Redakteure des *Neuen Weges* wurde hingegen auf einen einzigen Satz reduziert, der vollständig jede Berichterstattung ausschloss: »Über Parteitagobjekte (Wissenschaft und Technik) wird gegenwärtig nicht berichtet.«⁵³

Als die Versorgungslage in der DDR 1982 so beschaffen war, dass im Presseamt in einer Aktennotiz angemerkt wurde, »Einzelhandel würde ich im Moment nicht bringen, wegen Angebotsproblematik«,⁵⁴ kam nur wenige Tage später von der Chefredaktion des *Neuen Weges* die sehr viel breiter gefasste Anweisung, »wir veröffentlichen bis auf weiteres keine Beiträge, die die Versorgungslage betreffen. Das gilt hin bis zu Kochrezepten, Leistungsvergleichen in den Hotels, Küchen, zwischen Lehrlingen usw.«⁵⁵

Unterm Strich dürfte nicht zuletzt die in derlei Mitarbeiterführung angelegte Verunsicherung und Unselbständigkeit der Journalisten ein entscheidender Grund für die »Demotivation der Schreiber«⁵⁶ gewesen sein und dazu beigetragen haben, dass in den Blockparteizeitungen vor allem die Berichterstattung

über die regionale Kulturszene als ungefährliche Nische erschien.

Insgesamt zeigt sich die parteiinterne Struktur der Medienlenkung bei den Blockparteien als Fortsetzung jener Strukturen, die durch die SED und das Presseamt vorgegeben waren. Anleitung und Kontrolle erfolgten innerhalb der Blockparteien genauso rigide wie auf staatlicher Ebene. Bei den Eingriffen unterschieden sich die Zeitungen der Blockparteien nicht von denen der SED, die Bezirksleitungen von NDPD, LDPD und CDU zeigten sich sogar »manchmal kleinlicher«.⁵⁷ Die Blockparteiemedien hatten nicht nur der SED zu genügen und staatliche Aufgaben zu erfüllen, sondern waren zusätzlich auch noch den Anforderungen der eigenen Partei ausgesetzt. Die Redaktionen waren dadurch doppelt an inhaltliche Vorgaben gebunden.

52 Ulrich Bürger, *Das sagen wir natürlich so nicht*, Berlin 1990, S. 132.

53 *Der Neue Weg*, Hinweise der Chefredaktion, 8.7.1985.

54 Presseamt, *Bemerkungen*, 26.5.1982. SAPMO-BArch, DC 9/9. o. Nr.

55 *Der Neue Weg*, Hinweise d. Chefredaktion, 1.6.1982, S. 1.

56 Schneider (Anm. 46), S. 83.

57 Ebd., S. 84.

Die KSZE und der Untergang der DDR

Johannes L. Kuppe, Bad Honnef

Es heißt, der 2. August 1975 sei das einzige Datum in der Geschichte der DDR, an dem die zentrale Tageszeitung der SED *Neues Deutschland*, mit einer Auflage von – damals – mehr als 1,1 Millionen Exemplaren, ausverkauft war. Nur einen Tag nach Ende der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hatte das sonst nur von Funktionären

der SED und professionellen Beobachtern als Pflichtlektüre gelesene, wegen seiner primitiv-propagandistischen Machart eigentlich ungenießbare Blatt den vollen Wortlaut der Schlussakte veröffentlicht. Dem ND gleich tat es die *Berliner Zeitung*, Zentralorgan der SED-Bezirksleitung (Ost-)Berlin, eine Woche später dann die Wochenzeitung *Horizont* und die